

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

5.7.1927 (No. 153)

kennen lassen, Beamtentum und Publikum einander nahe zu bringen. Über die Notwendigkeit, die Beziehungen zwischen den Dienststellen der Behörden und der Presse eng und vertrauensvoll zu gestalten, sind denn auch gerade in den letzten Jahren von leitenden Stellen schon manche wertvollen und eindringlichen Worte gesprochen worden. Aber man beachte wohl, daß selbst die gründlichsten und nachdrücklichsten „Dienstamweisungen“ für den Verkehr mit der Presse allein nicht genügen. Das Beste, was die behördliche Zusammenarbeit mit der Presse zu liefern vermag, muß vielmehr von der individuellen Geschäftlichkeit der Persönlichkeiten auf beiden Seiten geleistet werden. Hierzu das Seinige nach Möglichkeit beizutragen, muß das Bestreben eines jeden Beamten und eines jeden Pressevertreter sein, die miteinander zu tun haben. Ne quid respublica detrimenti capiat!

Politische Neuigkeiten

Die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz vor dem Reichswirtschaftsrat

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat die Reichsregierung dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat den Schlußbericht der Weltwirtschaftskonferenz vorgelegt und ihn um seine gutachtliche Stellungnahme zu der in dem Bericht zum Ausdruck gebrachten theoretischen Einstellung der Weltwirtschaftskonferenz wie zu ihren praktischen Vorschlägen gebeten. Im Vordergrund der Erörterungen wird die Frage des industriellen Zollabbaus stehen, über welchen der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius in seiner Hamburger Rede sich eingehend geäußert hat. Bekanntlich hat die Weltwirtschaftskonferenz, um der Erhöhung der Zölle Einhalt zu tun, einen dreifachen Weg vorgeschlagen. Sie empfahl einmal ein kollektives Vorgehen der Staaten, zum zweiten ein zweiseitiges Vorgehen zum Abschluß angemessener Handelsverträge und drittens ein Einzelvorgehen der Staaten auf dem Gebiet ihrer eigenen Tarife. Was den Weg anlangt, durch Handelsverträge das Zollniveau zu erniedrigen, so werden neuerlich Verhandlungen auf breiterer Basis mit Frankreich geführt. Außerdem stehen wir in Verhandlungen mit Jugoslawien und der Tschechoslowakei, von welchen zu erwarten ist, daß sie eine Ermäßigung für eine größere Anzahl von Tarifposten bringen werden. Es wird also Sache des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates sein, zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen noch nicht ermäßigte Zollsätze des geltenden deutschen Zolltarifs alsbald sich herabsetzen lassen. Die Reichsregierung hat wie 1925 den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat aufgefordert, auch diesmal die Mitglieder des Handelspolitischen Ausschusses des Reichstages zu den Verhandlungen einzuladen.

Amerikanische Verdringung über die Nobelpreisrede Dr. Stresemanns

In einer Würdigung der Rede Dr. Stresemanns in Oslo führt die „New York Times“ u. a. aus: Der deutsche Außenminister lieferte seit Locarno wiederholt Beweise hohen staatsmännischen Könnens. Er hinterließ bei der öffentlichen Meinung durch seine Einsicht, seinen Mut und seinen weiten politischen Gesichtskreis dauernden Eindruck. Stresemann bedeutete die zweite angenehme Enttäuschung in der jüngsten Entwicklung Deutschlands. Der Reichspräsident von Hindenburg habe bereits die bei seinem Amtsantritt gebotenen Befürchtungen für die deutsche republikanische Zukunft beseitigt. Unter Stresemanns Führung zeigten nun die deutsch-französischen Beziehungen eine beträchtliche Wendung zum Besseren. Durch die erfolgreiche Erzielung von Zugeständnissen, die er erlangte, ohne sich in seiner Würde irgend etwas zu vergeben, stärkte Stresemann seine eigene Stellung, so daß er in seiner Nobelpreisrede des französischen Außenministers Briand freundlich gedenken konnte, ohne als francophil angegriffen zu werden. Durch das Programm der Zusammenarbeit mit den früheren Feinden und durch seine Kluge, auf Augenblicksvorteile verzichtende Haltung gegenüber Rußland habe sich Stresemann einen hohen Einfluß auf die europäische Politik erworben.

Sitzung des Reichsparteiausschusses der Zentrumsparlei

Der Reichsparteiausschuß der deutschen Zentrumsparlei trat am Sonntag im Reichstage zu einer stark besuchten Sitzung zusammen, die bis in die Abendstunden dauerte. Den Vorsitz führte Reichsminister Dr. Marx. Auch die übrigen Zentrumsminister nahmen an der Sitzung teil. Ebenso war Reichsminister a. D. Dr. Wirth erschienen, der mehrfach in die Debatte eingriff. Über die Sitzung wurde ein Bericht ausgegeben, in dem es heißt:

Gegenstand der Beratungen waren die politischen Vorgänge der letzten Monate. Nach eingehender Aussprache, die den ganzen Tag dauerte, und die in voller Offenheit geführt wurde, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Der Reichsausschuß der Deutschen Zentrumsparlei billigt die Politik der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages und spricht ihr sein Vertrauen aus. Auf Grund der bisherigen Haltung der Reichstagsfraktion ist der Reichsparteiausschuß überzeugt, daß die Fraktion auch in Zukunft eine selbständige, nach allen Seiten unabhängige Politik im Dienste des Volksganzen führen wird.“

Die Annahme der Entschließung erfolgte einstimmig und unter herzlichem Beifall der ganzen Versammlung.

Diese Entschließung bietet für Auslegungen einen weiten Spielraum und wird auch von den Blättern, je nach deren Parteirichtung verschieden interpretiert. Die „Deutsche Tageszeitung“ betont, daß der nachdrücklichen Billigung der Zukunftspolitik im Reiche eine Koalitionspolitik mit der Rechten, eine ausdrückliche Billigung der entgegengesetzten Koalitionspolitik in Preußen nicht gegenüberstehe. Zum mindesten müsse man also wohl annehmen, daß der Reichsparteiausschuß des Zentrums sich gegen eine Durchkreuzung der Politik der Reichstagsfraktion ausgesprochen habe.

Die „Tägl. Rundschau“, die die gleiche Feststellung macht, sieht einen möglichen Grund hierfür in der Zuständigkeit des Reichsparteivorstandes, die sich wohl nur auf die Reichstagsfraktion erstreckt. Das Blatt sagt dann weiter: Der Beschluß läßt sich viel eher gegen Dr. Wirth auslegen, der mit allem Eifer die Linkskoalition sehen wollte und die gegenwärtige Bindung des Zentrums an eine bürgerliche Koalition verdammte.

Die „D. A. Z.“ teilt mit, daß sich Dr. Wirth an der Abstimmung über die Entschließung nicht beteiligt habe und hebt ferner hervor, daß vom Reichsparteiausschuß keinerlei Maßnahmen gegen Dr. Wirth wegen seiner Disziplinlosigkeit unternommen worden seien. In dem eben genannten Blatt und dem „Berliner Tageblatt“ wird die in der Entschließung geforderte Unabhängigkeit der Zentrumsfraktion in Verbindung gebracht mit dem kommenden Wahlkampf, für den man sich nicht festlegen wolle.

Deutscher Reichstag

BERLIN, 4. Juli 1927.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfes über Zolländerungen. Danach soll der Zoll für Kartoffeln von 0,50 auf 1.— und der Zoll für Zuder von 10 auf 15 M für den Doppelzentner erhöht und die Zudersteuer von 21 auf 10,50 M ermäßigt werden. Der Reichstag hat bekanntlich die Erhöhung des Kartoffelzoll und des Zuderzoll abgelehnt.

Reichsfinanzminister Dr. Brüder begründet die Vorlage. Er weist darauf hin, daß es nicht möglich gewesen sei, bis zum Ablauf der Zolltarifnovelle am 31. Juli d. J. einen neuen Zolltarif fertig zu stellen. Die Regierung verfolge die Tendenz, das Zollniveau zu senken. Wenn dadurch die Einnahmen sich vermindern, so würde ich das nicht bedauern. Die Zölle für lebensnotwendige Waren bedeuteten eine verhältnismäßig zu starke Inanspruchnahme der Bevölkerung mit indirekten Steuern, angesichts der starken Belastung mit direkten Abgaben (Hört, hört! links). Darum ist auch auf meinen Wunsch die Zudersteuer auf 50 Proz. gesenkt worden, statt der 33½ Proz., die in der ersten Vorlage vorgesehen war.

Reichslandwirtschaftsminister Dr. Schiele: Die in der Regierungsvorlage vorgeschlagene Erhöhung des Kartoffelzoll auf 100 Proz. könnte den Eindruck erwecken, als stände dieser Vorschlag im Widerspruch mit den Bestrebungen der Weltwirtschaftskonferenz (Abg. Köner (Komm.): Sie merken aber auch alles!). Von einem solchen Widerspruch kann keine Rede sein. Auf der Weltwirtschaftskonferenz ist ausdrücklich die Notwendigkeit betont worden, einen gewissen Ausgleich zwischen Industrie und Landwirtschaft in der Zollpolitik zu schaffen. Die Konferenz hat weiter festgestellt, daß ein zu starker Abbau der Landwirtschaftszölle die Gefahr einer Verminderung der landwirtschaftlichen Produktion heraufbeschwören kann. Mit der vorgeschlagenen Erhöhung des Kartoffelzoll wollen wir nun ein früheres Verständnis nachholen, und soll eine frühere Verpflichtung erfüllt werden, die die Regierung auf Grund früherer Unterlassungen der Landwirtschaft gegenüber hat. Bei den Zuderzöllen ist es ebenso. An den Kartoffel- und Zuderzöllen ist in großem Umfang die kleine und mittlere bäuerliche Wirtschaft interessiert. Der Zollschutz wird hier also unmittelbar zu einem wirksamen Bauern- und Landarbeiterschutz; ohne diesen Schutz kann das Problem der inneren Kolonisation nicht durchgeführt werden. In erster Linie bedarf die Schweinehaltung dieses Schutzes. Auch eine Kräftigung des Schutzes für Molkereiprodukte und für Eier, Obst und Gemüse wird erforderlich sein.

Abg. Hilferding (Soz.): Was ist das für eine Regierung, die eine neue Zollvorlage mit einer Rede begründet, die in schärfstem Widerspruch steht gegen Worte, die Dr. Stresemann in Genf und Curtius in Frankfurt gesprochen haben. Diese beiden Reden hatten europäisches Format, aber die Rede des Ministers Schiele gefärbt die ganze Außenpolitik und die Wirtschaftspolitik des Reiches.

Abg. Goerne (Komm.) bezeichnet die Rede des Ministers Schiele als ein Gemisch von Unwissenheit in volkswirtschaftlichen Dingen und Verdringung der Tatsachen.

Abg. Meyer, Berlin (Dem.) übt scharfe Kritik an der Verschleppung der Zollvorlage, deren Ursache der Gegensatz der handelspolitischen Tendenzen innerhalb der Regierungskoalition sei. Die Gefahren der Hochschutzzollpolitik seien für Deutschland besonders groß.

Abg. Urbahn (Lnt. Komm.) bezeichnet die Vorlagen als den Versuch einer brutalen Ausplünderung der Verbraucher.

Abg. Penning (Völk.) bestreitet den Rednern der Linken jede Kenntnis der landwirtschaftlichen Verhältnisse. Wenn es den Agrariern wirklich so gut ginge, dann hätten sich längst die Juben der Landwirtschaft bemächtigt.

Abg. Dr. Feder (Nz.) wendet sich gegen die Weltwirtschaftskonferenz. Dort habe das jüdische Finanzkapital die Führung gehabt.

Damit schließt die Aussprache. — Die Vorlagen werden dem handelspolitischen Ausschuß überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Arbeitslosenversicherung. In seinem Ausschußbericht weist Abg. Andree (Zentr.) die gegen den Sozialpolitischen Ausschuß von der Organisation der Arbeitsnachweise erhobenen Vorwürfe als sachlich unberechtigt zurück. Die beteiligten Stellen des Städtetages seien eingehend vom Ausschuß gehört worden. Der Ausschuß habe den Gedanken von Landesstellen als Versicherungsträger abgelehnt und sich fast einstimmig für die Errichtung einer Reichsanstalt ausgesprochen. Die Arbeitsnachweise würden mit der Arbeitslosenversicherung in engster Verbindung bleiben. Bei Annahme des Gesetzentwurfes werde Deutschland über eine Arbeitslosenversicherung verfügen, wie sie kein anderes Land der Welt aufweist.

Ein Vertreter der bayerischen Staatsregierung gibt eine Erklärung ab, die sich gegen eine Reichsanstalt an Stelle von Landesstellen wendet. In der Einrichtung einer Reichsanstalt als Versicherungsträger sehe die bayerische Staatsregierung eine neue Beeinträchtigung der in der Reichsverfassung gewährleisteten Einzelstaatlichkeit der Länder.

Die Weiterberatung der Vorlage wird auf Dienstag vertagt. Es folgt die Beratung eines Antrages der Regierungsparteien, der für die Pensionäre die gleiche Aufbesserungsregelung will, wie sie für die Beamten beschlossen worden ist.

Abg. Reddermeyer (Komm.) verlangt Aufbesserungen auch für die Kriegsbekämpften. — Ein sozialdemokratischer Antrag fordert gleichfalls prozentuale Zuschläge auf die Renten der Kriegsober.

Abg. Laib (V. Ep.) erklärt sich im Namen der Regierungsparteien gegen die Änderungsanträge der Sozialdemokraten und Kommunisten.

Der sozialdemokratische und der kommunistische Antrag werden von den Regierungsparteien und der Wirtschaftlichen Vereinigung abgelehnt.

Der Antrag der Regierungsparteien wird angenommen.

Der volkswirtschaftliche Ausschuß genehmigte heute vor-mittag die Ausführungsverordnung zum Futtermittelgesetz nach dem Regierungsentwurf mit unwesentlichen Änderungen.

Der sozialpolitische Ausschuß nahm heute ohne Aussprache die Vorlage des Reichsarbeitsministeriums zur Abänderung der Ausführungsverordnung zum § 3 des Betriebsratsgesetzes an. Nach einer scharfen Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten erklärten sich die Regierungsparteien bereit, die Novelle zur Bäckereiverordnung morgen zu verhandeln.

Da sich die Zentrumsfraktion des Reichstages gestern u. a. mit der Frage der Schaffung eines Verfassungstages beschäftigte, verdienen die Ausführungen, die die „Germania“ heute zu dieser Frage macht, besondere Beachtung. Die Reichstagsfraktion, so heißt es darin, vertritt in Übereinstimmung mit der Auffassung unserer Wählerschaft die Meinung, daß es der Würde der deutschen Nation entspricht, einen Verfassungstag einzuführen. „So sehr wir die Gedanken würdigen, die gegen die Festsetzung an einem Wochentage zur Zeit bestehen, möchten wir als unsere private Meinung den Gedanken unterstützen, den Tag des Inkrafttretens der Verfassung selbst als Verfassungstag zu feiern.“

Die englischen Industriellen sind zu dem angekündigten Gegenbesuche beim Reichsverband der deutschen Industrie in Berlin eingetroffen. Die Besprechungen haben unter dem Vorsitz des Geheimrats Duisberg begonnen. Wie die „D. A. Z.“ berichtet, will man sich eingehend über die Ergebnisse der internationalen Wirtschaftskonferenz unter besonderer Berücksichtigung ihrer Beschlüsse über Zollnomenklatur und über Ein- und Ausfuhrbeschränkungen unterhalten. Weiter soll über die Bearbeitung wirtschaftlicher Fragen durch den Völkerbund, die Probleme der Kreditversicherung, der internationalen Kartelle, des Ausstellungs- und Messenwesens, sowie der Doppelbesteuerung gesprochen werden.

England für die Ernennung von Militärattachés der Mittelmächte. „Daily Telegraph“ schreibt: Die britische Regierung hat beschlossen, die vormaligen feindlichen Staaten einzuladen, Militärattachés bei ihren verschiedenen Botschaften und Gesandtschaften zu ernennen. Die britische Regierung hat sich niemals die französische Ansicht zu eigen gemacht, daß § 1 des Art. 179 des Versailler Vertrages Deutschland verbietet, Militärattachés ins Ausland zu entsenden und sie hat dies bereits 1920/21 klar und deutlich zu verstehen gegeben. Nächste Woche wird Oberstleutnant Fürst Hohenlohe als Militärattaché der ungarischen Gesandtschaft in London eintreffen. Italien nimmt die gleiche Meinung ein, wie England.

Falsche Meldungen über die Herbstmanöver der Reichswehr. Nach dem „Temps“ und anderen französischen Blättern sollen die diesjährigen Herbstmanöver der Reichswehr erweitert werden. Demgegenüber erfahren die Berliner Blätter von unterrichteter Stelle, daß in keiner Weise an eine Erweiterung der Herbstmanöver gedacht wird und daß aus Erfahrungsgründen in diesem Jahre sogar zwei Divisionen überhaupt keine Feldmanöver abhalten, sondern nur auf den Truppenübungsplätzen üben werden. Von besonderen Vorbereitungen kann in keinem Sinne die Rede sein.

Kurze Nachrichten

Das Reichsdiskontgesetz wird in der gegenwärtigen Tagung des Reichstages nicht mehr beschäftigt. Seine Erledigung wird das Gesetz in einer kurzen Herbsttagung finden.

Die Mandatskommission des Völkerbundes wird gegen die Ernennung eines reichsdeutschen Mitgliedes keinen Einspruch erheben.

Berufungsverhandlung im Prozeß Dr. Stresemann-Müller. Heute vormittag begann vor der Strafammer des Rautener Landgerichtes die Berufsberatung in dem Verleumdungsprozeß des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Stresemann gegen den Rautener Rechtsanwalt Dr. Arthur Müller.

Deutsch-französischer Verständigungsbestrebungen. Auf Grund ausführlicher Rücksprache mit deutschen Verständigungsfreunden hat sich in Paris ein Kreis gebildet, der im Herbst eine „Revue franco-allemande“ erscheinen lassen will. Ihr würde in Deutschland die „Deutsch-französische Rundschau“ entsprechen, die zu ihren Mitarbeitern Prof. Gintien und Theodor Mann und andere bekannte Namen zählt. Beide Zeitschriften beabsichtigen, sich zu Zentralorganen der Beziehungen zum Nachbarlande auszubauen.

Orkankatastrophe in Delfa. Bei einem Orkan über Odesa kenterten mehrere Segelboote auf dem Meer. Über 20 Personen sind ertrunken. Ein Straßenbahnwagen, der mit Ausflüglern besetzt war, die vor dem Unwetter flüchteten, entgleiste an einer Kurve und kippte um. Sechs Personen wurden getötet, 10 schwer und 33 leicht verletzt.

Ein blutiger Wahlkampf hat in Jugoslawien begonnen. In Baljevo kam es zwischen Radikalen zu Zusammenstößen, bei denen 30 Personen verwundet wurden.

Gemeinde-Rundschau

Erweiterung des Schlacht- und Viehhofes Karlsruhe. Dem Bürgerausschuß ist eine städtische Vorlage zugegangen, die eine Erweiterung des städtischen Schlacht- und Viehhofes vorsieht. Der Kostenaufwand ist mit rund 515 000 M berechnet und soll aus Anlehensmitteln bestritten werden.

Stromversorgung Sagsfelds. Vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses ist mit der Gemeinde Sagsfeld ein Vertrag über deren Belieferung mit elektrischem Strom vereinbart worden.

Der Bürgerausschuß Neul genehmigte nach 5½ stündiger Beratung den Voranschlag für 1927 nach dem Antrag des Gemeinderates mit 43 gegen 25 Stimmen. Der ungedeckte Aufwand von rund 449 000 M wird zunächst dadurch gedeckt, daß der Steuergrundbetrag für das Grundvermögen von 40 Pfennig von je 100 M Steuerwert für das Rechnungsjahr 1927 um 50 Proz. erhöht wird. Ferner sind als vorläufige Gemeindefeuer von Grundvermögen, Betriebsvermögen und Gewerbevermögen 210 Proz. der Steuergrundbeträge vorgesehen, und zwar 1,26 M von je 100 M neuem Steuerwert des Grundvermögens, 36,6 Pfennig von je 100 M neuem Steuerwert des Betriebsvermögens und 630 Pfennig von je 100 M Gewerbevermögen.

Der Bürgerausschuß Achern lehnte in seiner letzten Sitzung mit 36 gegen 21 Stimmen die Einführung der Biersteuer ab.

Der Bürgerausschuß Freiburg i. Br. wird sich demnächst mit dem städtischen Voranschlag für 1927/28 zu befassen haben. Die Einnahmen werden mit 13 028 000 M, die Ausgaben mit 14 028 000 M angegeben. Für die Volksschulen sind Ausgaben in Höhe von 822 800 M, für die höheren Schulen in Höhe von rund 600 000 M vorgesehen, für die fachwissenschaftlichen Schulen betragen die Ausgaben etwa 300 000 M. Das Theater erfordert wiederum einen Zuschuß, der diesmal mit 580 000 M veranschlagt wird, auch die Straßenbahn kostet der Stadt etwa 110 000 M. Dagegen erwartet man vom Elektrizitätswerk eine Ablieferung an die Stadtkasse in Höhe von 260 000 M und vom Gaswerk eine solche von 120 000 M. Das städtische Rieselwerk Mundenhof erwartet einen Zuschuß von rund 18 000 M. Die Unterhaltung der öffentlichen Straßen, Wege, Plätze und Kanäle kostet die Stadt etwa 1,2 Millionen. Der Zuschuß der Stadtkasse für die allgemeine Fürsorge, für die Rentenempfänger usw., für Kinderpeisung, Erwerbslostenfürsorge usw. wird sich auf etwa zwei Millionen M belaufen. Die Gemeindeverwaltung kostet die Stadt 800 000 M, die Sicherheitspolizei etwa 849 000 M. Aus den städtischen Wäldungen erhofft man unter Zuhilfenahme ordentlicher Holzpreise eine Einnahme von etwa 150 000 M. Die Zahl der städtischen Beamten und Angestellten beläuft sich auf 457, die der städtischen Arbeiter auf 396.

Wetterdienst der Badischen Landeswetterwarte. Das Zentrum des Wirbels westlich Irland hat seine Lage seit gestern nicht geändert. Damit ist der weitere Durchzug kräftiger Druckwellen über Europa unterbrochen und auf dem Festland ein Umschlag vom unbeständigen Witterungscharakter der letzten Tage zu Sommerwetter erfolgt. Für die nächsten Tage steht aber bei uns und auch in den Hochalpen heiteres und sehr warmes Wetter bevor. Randstörungen des Wirbels sehr warmes Wetter vorausichtlich bei uns Wärme-würden in den nächsten Tagen vorausichtlich bei uns Wärme-würden hervorruhen. Voraussage für Mittwoch: Fortdauernd sehr warmes, heiteres Sommerwetter. Einzelne Wärme-gezeiten.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Rechtsplegeausschuss hat beschlossen, ein Gesuch der Gemeinde Rainwangen um Berücksichtigung ihrer Belange bei der Vereinigung der abgeordneten Gemarung Malachhof (dem Grafen Douglas gehörig) mit der genannten Gemeinde der Regierung zur Kenntnisnahme in dem Sinne zu überweisen, daß weitere Verhandlungen mit dem Ziele einer gütlichen Einigung aufgenommen werden sollen.

Zur Beratung stand sodann ein Antrag der Bürgerlichen Vereinigung auf Aufhebung der Verordnung, wonach der Verfassungstag (11. August) in Baden als gebotener Feiertag gilt. Der Berichterstatter Dr. Engler (Soz.) beantragte Übergang zur Tagesordnung. Staatspräsident Dr. Trunk erklärte, daß die badische Regierung sich zur Aufhebung der Verordnung nicht entschließen könne, schon im Hinblick auf die beabsichtigte reichsgesetzliche Regelung. Neben anderen Ländern wünsche auch Preußen eine Lösung der Frage des Verfassungstages durch das Reich. Im Reichsrat sei bereits eine Mehrheit für ein Reichsgesetz vorhanden. Der Verfassungstag habe keinen parteipolitischen, sondern einen eminent nationalen Charakter. Die Reichsregierung — gezeichnet von Neubell — habe bereits Richtlinien herausgegeben, um möglichst weitgehende Feiern sicherzustellen; für die Behörden sei Sonntagabend angeordnet. Das deutsche Volk, so sagte der Staatspräsident, habe allen Anlaß, einen Nationalfeiertag zu begehen, so gut wie andere Völker, zumal die Verfassung immer mehr vom ganzen Volke anerkannt werde. Günstig könnte man den 31. Juli wählen.

Innenminister Dr. Kemmele wies darauf hin, daß dringliche Entwürfe wiederholt getätigt wurden. Ein Zentrumsredner erklärte, daß die Feier des Verfassungstages wohl angebracht sei. Gegen eine Verlegung auf einen Sonntag sei nichts einzuwenden. — Der Sprecher der Sozialdemokraten wandte sich gegen den Antrag der Bürgerlichen Vereinigung. Ein Abgeordneter der Bürgerlichen Vereinigung regte an, den 18. Januar, den Reichsgründungstag zu feiern. — Der demokratische Redner erklärte, die Mehrheit des deutschen Volkes sei für eine Verfassungsfeier. — Im Verlaufe der Aussprache äußerte der Staatspräsident den Wunsch, daß von Reich wegen baldmöglichst ein Gedächtnistag für die Gefallenen des Weltkrieges eingeführt werden solle, wofür namentlich in Süddeutschland der Allerheiligentag wohl der geeignetste wäre. — Der Rechtsausschuss beschloß mit großer Mehrheit, über den Antrag der Bürgerlichen Vereinigung zur Tagesordnung überzugehen.

Neue Eingänge

Der Badische Gastwirteverband bittet in einer Eingabe um Ermäßigung der Gebäudesteuer für das badische Gastgewerbe. — Eine Eingabe der Mietervereinigung Mannheim wendet sich gegen die Herabsetzung der Mietzinsen für Wohnungen und Gewerberäume. — Eine Eingabe der Pfälzischen Bauernvereine für das Rheingebiet und Saarformherbändler der Stadt Mannheim betrifft die Forderung des Mieterschutzes für gewerbliche Räume. — Ferner liegt ein Gesuch des Badischen Beamtenbundes vor, das sich mit der Lage der Staatsbeamten beschäftigt. — Ein Gesuch des Bundes der gehobenen mittl. Beamten Badens behandelt die Beförderungsverhältnisse dieser Beamten und Regelung der Beamtenbezüge.

Der Stand der Feldgewächse in Baden Anfang Juli 1927

St. L.-M. Die Bitterung war im abgelaufenen Monat Juni, obwohl noch vorherrschend kühl und feucht, für die meisten Kulturpflanzen nicht ungünstig. Die Getreidefelder, Winter- und Sommerfrucht, stehen mit vereinzelten Ausnahmen im allgemeinen befriedigend. Die Roggenblüte ist zum Teil gut verlaufen und die Ausläufer auf einen guten Körnerertrag hoffen. Wiederholt wird über Verunkrautung, insbesondere beim Weizen und Safer (durch Steinraut, Seberich usw.) geklagt. In stark gedüngten Fruchtäckern ist als Folge heftiger Regenfälle Lagerfrucht festgestellt. In der unteren Rheinebene wird da und dort schon die Wintergerste geschnitten. Auch die Hackfrüchte sind durch die Bitterung günstig beeinflusst worden. Die Kartoffelpflanzungen haben sich gut erholt und zeigen vielerorts einen üppigen Bestand. Die Runkelrüben sowie die Zuckerrüben konnten gut anwachsen bzw. auflaufen und sich weiter entwickeln.

Die Feuernte, durch zeitweiligen Regen etwas beeinträchtigt, ist nahezu beendet. Die Menge des Ertrags blieb zwar manchmal hinter den Erwartungen zurück, doch wird die Qualität fast ausnahmslos gelobt. Der Erntedank auf den schon länger abgeernteten Weizen ist nach den vorliegenden Berichten gut.

Für die Weinberge wäre beständiges, warmes Wetter sehr zu wünschen, da die Nebenblüte noch nicht ganz vorüber ist. In verschiedenen Weinbaugebieten (Markgräfler Geb., Kaiserstuhl, Bühlertal usw.) wird gegen den überhandnehmenden Flecken- und Saurewurm energisch angekämpft, um die an sich nicht sehr zahlreichen Gescheine bzw. Trauben vor der Vernichtung zu bewahren.

Deutscher Städtetag und Reichswirtschaftsrat

W. Freiburg i. Br., 2. Juli. Der Vorstand des Deutschen Städtetages nahm in seiner hier abgehaltenen Vorstandssitzung eingehend zur Frage der Zusammenfassung des endgültigen Reichswirtschaftsrates Stellung und fasste folgende Entschlüsse:

Die Vorlage der Reichsregierung hinsichtlich der Zusammenfassung des endgültigen Reichswirtschaftsrates bedeutet eine ungewöhnliche Zurücksetzung der städtischen Belange. Die Regierungsvorlage verkennt die Bedeutung der Städte für das gesamte Wirtschaftsleben und richtet sich bewusst gegen die Städte.

Die im Deutschen Städtetag vereinigten Städte, in denen Industrie, Handel und Gewerbe in der großen Mehrzahl ihrer Unternehmungen ansässig sind und in denen nahezu neun Zehntel der bedeutendsten kommunalwirtschaftlichen Unternehmungen vereinigt sind, müssen verlangen, daß ihrer Bedeutung für die Wirtschaft durch eine entsprechende Vertretung im Reichswirtschaftsrat Rechnung getragen wird.

Sie richten daher an Reichsrat und Reichstag die dringende Bitte, die Regierungsvorlage abzuändern und entsprechend der mit Zustimmung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter im Verfassungsausschuss des Reichswirtschaftsrates gefassten Beschlüsse die Zahl der dem Städtetag zuzurechnenden Vertreter in Abteilung III des endgültigen Reichswirtschaftsrates auf fünf, in Abteilung I auf einen Vertreter festzusetzen.

Opfer der Hitze in Chicago. In den letzten drei Tagen sind hier 30 Personen infolge der großen Hitze gestorben.

Baukosten und Eisenbahntarif

Von der Reichsbahndirektion Karlsruhe wird uns geschrieben:

In einem unter dieser Überschrift in mehreren Tageszeitungen erschienenen Artikel wird behauptet, die Erschwerung des Baugewerbes durch die hohen Nachfrachten des Staffeltarifs seien ein wesentlicher Faktor der heutigen hohen Baukosten. Eine weitere Verteuerung der Baustoffe komme noch durch die Gütereinteilung des Eisenbahntarifs hinzu; die Güter der Klassen C und D, denen die meisten Baustoffe angehörten, würden von diesem Tarif besonders getroffen.

Sowohl der Gattung, als auch der Menge nach, sind die wichtigsten Baustoffe nicht in die Klasse C und D, sondern in die Klasse E aufgenommen. Erwähnt seien Beton- (Zement-) waren, Kalk, Steine aller Art, natürliche und künstliche, Röhren, Tonwaren, Ziegel usw. Darüber hinaus sind noch eine Anzahl Baustoffe, z. B. Schmittholz, Balken, Kantholz, Bretter, Dielen, Bohlen, Riemen und Stäbe für Fußböden, Erde, Kies, Sand usw. durch Ausnahmetarife begünstigt. Eine besondere Frachterleichterung ist dem Baugewerbe durch Aufnahme aller gebräuchlichen Baugeräte in die Klasse E gewährt worden.

Die Verteuerung der Baustoffe ist neben der Erhöhung der Löhne vor allem durch die hohen Baustoffpreise verursacht. Wie bei allen unentbehrlichen, hartem Verbrauch unterliegenden Bedarfsstoffen werden auch die Preise der Baustoffe in der Hauptsache durch die Konjunktur, durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Die Eisenbahnfrachten spielen bei den Baustoffen die geringste Rolle.

Es kosteten je 1000 kg	1913	Mai 1927
Badsteine	7,45—8,00	13,15—13,75
Bauh Holz	68,40—75,00	116,60—125,00
Dachziegel	24,00—26,25	55,00—56,25
Gausteine	40,90—41,80	72,75
Kalk	16,25—18,75	28,00—30,00
Zement	38,00—40,00	55,00—56,00

Baustoffbedarf und durchschnittlicher Baustoffaufwand für ein Miethaus mit 8 Bierzimmerwohnungen:

Menge	kg	1913	Mai 1927	mehr
Badsteine	888 000	6 860	11 944	74,0
Bauh Holz	87 000	6 238	10 510	68,4
Dachziegel	32 700	804	1 819	126,2
Gausteine	61 600	2 547	4 481	76,0
Kalk	57 700	1 010	1 674	65,6
Zement	65 400	2 551	3 630	42,3

Gesamtdurchschnitt des Mehraufwandes für Baustoffe 1927: 70,2 v. H.

Fracht und deren Anteil an obigem Baustoffaufwand bei einer Beförderungslänge von 50 Kilometer.

	1913		1927		1927	
	Fracht	Anteil v. H.	Fracht	Anteil v. H.	Fracht	Anteil v. H.
Badsteine	2220	32,3	2752	23,0	+24	-9,3
Bauh Holz	235	3,8	357	3,4	+51,9	-0,4
Dachziegel	82	10,1	102	5,6	+24	-4,5
Gausteine	154	6,0	191	4,3	+24	-1,7
Kalk	145	14,3	179	10,7	+23,4	-3,6
Zement	164	6,4	203	5,6	+23,7	-0,8

Gesamtdurchschnitt des absoluten Mehraufwandes für Fracht 1927: 26,1 v. H.

Die Darstellungen zeigen:

- daß der Aufwand für Baustoffe für ein Miethaus mit 8 Bierzimmerwohnungen, im Jahre 1927 bei gleichen Baustoffmengen im Durchschnitt um 70,2 v. H. größer war als im Jahre 1913.
- daß dagegen der Mehraufwand für Fracht im Durchschnitt nur 26,1 v. H. betragen hat.
- daß der Anteil der Fracht am Baustoffaufwand im Jahre 1927, trotz der stärker belasteten Rahmenverhältnisse des Staffeltarifs, erheblich geringer war, als im Jahr 1913.

Von Erschwerung des Baugewerbes durch die Eisenbahnfrachten kann hiernach nicht gesprochen werden.

Lagung der Förster und Forstsekretäre

Am Sonntag hatten sich in Bonndorf aus dem ganzen badischen Lande die im Verein Badischer Förster und Forstsekretäre zusammengeschlossenen Forstbeamten zu ihrer diesjährigen Lagung eingefunden. Der Vereinsvorsitzende Geh. Forstmeister Dr. Petter begrüßte als Vertreter des Finanzministeriums den Oberforstrat Kurz, während die badische Forstverwaltung und der Landesforstmeister durch Forstrat Döhl, der württembergische Forstverband durch Forstmeister Enderle, der badische Beamtenbund durch seinen Vorstand Sedert usw. vertreten waren. Die Tagesordnung wurde eröffnet mit dem Vortrag des Forstrats über die Bodenpflege als natürliche Unterlage für den modernen Waldbau. Oberforstrat Kurz hielt einen Lichtbildvortrag, der den badischen Waldbau in Vergangenheit und Gegenwart zeigte. Forstrat Dr. Aebig gab einen Überblick über die speziellen Verhältnisse des Forstbezirks Bonndorf. Am Montag begannen mehrere Lehrgänge in die großen Staatswaldungen.

Das gerichtliche Nachspiel zum Abmarsch der Stahlhelme nach Berlin

D. B. Mannheim, 2. Juli. Am Tage der Abfahrt der Mannheimer Stahlhelme nach Berlin am 6. Mai veranstalteten die hiesigen Kommunisten bekanntlich eine Gegen demonstration, die in Ansprachen am Bahnhofplatz gipfelte. Hier wurde der Organisator der Demonstration, der verheiratete Schlosser Friedrich Dreier aus der Menge heraus verhaftet. Wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt hatte er sich nunmehr gestern vor dem Großen Schöffengericht zu verantworten. Er gab zu, die Demonstration geleitet zu haben. Als er auf dem Sammelplatz gefaßt habe, daß die vier Verbetrommler am Nachmittag verhaftet worden seien, habe er gesagt: „Wir werden so lange demonstrieren und protestieren, bis sie freigelassen werden, sonst wird die Polizei was erleben; dann wird sie sehen daß wir rote Frontkämpfer sind.“ Nach der Anklage soll Dreier aber gesagt haben: „Wir werden kämpfen“, worin die Aufforderung zur Anwendung von Gewalt erblickt wurde. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen, während der Verteidiger die Angeklagten um Freisprechung ersuchte. Das Gericht verurteilte Dreier auf Grund des § 114 St.G.B. zu einer Geldstrafe von 100 RM ev. 10 Tagen Gefängnis. Auf die Geldstrafe werden 100 RM für sechs Tage Unteruchungshaft angerechnet.

Lagung des Badischen Bauernvereins

D. B. Bruchsal, 4. Juli. Am Sonntag waren in der reich beflaggten Stadt annähernd 900 Vertreter des 90 000 Mitglieder zählenden Badischen Bauernvereins aus allen Teilen des Landes zur diesjährigen Lagung herbeigeeilt. Am Vormittag wurde zunächst die 17. ordentliche Generalversammlung der Zentral-, Bezugs- und Absatz-Genossenschaft abgehalten. Der Reingewinn mit rund 11 000 RM fließt zur Hälfte dem Reservefonds zu, zur anderen Hälfte wird er auf laufende Rechnung vorgetragen. Eine Million Zentner Kunstdünger, 277 000 Zentner Kraftfutter, 500 000 Zentner Kohlen, 50 000 Zentner Saatwaren und 77 000 Zentner sonstige Bedarfsartikel wurden abgesetzt. Maschinen wurden im Werte von 230 000 RM verkauft. In 35 Orten des Landes wurden Lager unterhalten. Es folgte die G.-V. der Badischen Bauernbank Freiburg i. Br. Der Reingewinn der Bank beträgt 140 562 RM, die Reserven belaufen sich auf 300 000 RM. Die Gesamtsumme überstieg 25 Millionen, die Mitgliederzahl, meist Genossenschaften, belief sich auf 2070. Der Gesamtumsatz erreichte die Ziffer von beinahe einer Milliarde. Es gelang 10 Proz. Dividende zur Verteilung.

Dann folgte der 11. ordentliche Verbandstag des Genossenschaftsverbandes des Badischen Bauernvereins. Der Genossenschaftsverband umschloß am Ende des Berichtsjahres 1926 Genossenschaften mit 115 000 Einzelgenossen. Am Nachmittag wurde dann in gleicher Saale die öffentliche Mitgliederversammlung des Badischen Bauernvereins abgehalten. Präsident Weishaupt, Pfüllendorf, leitete die Lagung ein mit einer Begrüßung der zahlreich erschienenen Delegierten und Gäste. Unter letzteren bemerkte man auch den Badischen Staatspräsidenten. In eingehender nachdrücklicher Weise schilderte er die schwierige Lage der Landwirtschaft.

Staatspräsident Dr. Trunk bezeichnete es als Pflicht jeder Regierung, mit allen Schichten und Ständen zusammenzukommen, um ihre Wünsche und Beschwerden zu hören. Der Staatspräsident würdigte die Arbeit der Führer des Badischen Bauernvereins, der sich zu einer mächtigen Organisation emporgeschwungen habe. Die Landwirtschaft sei das Rückgrat unseres Volkes, dem hoffentlich auch wieder gute Zeiten beschieden sein werden.

Nach weiteren Begrüßungsansprachen wurde in die Tagesordnung eingetreten. Generaldirektor Dr. Kengenheister erstattete den Bericht über die gesamte badische Bauernvereinsorganisation im Jahre 1926. Der Mitgliederstand in den 63 Vereinsbezirken und 1311 Ortsvereinen ist ungefähr der gleiche geblieben, wie im letzten Jahre. Die Einrichtungen des Vereins seien härter in Anspruch genommen worden als früher. Beispielsweise wurden für den Rechtschutz 29 700 RM ausgegeben, gegenüber 17 800 RM im Jahre 1925. Die Wahlen des Präsidiums und des Vorstandes ergaben die Wiederwahl der bisherigen Herren, und zwar Staatsrat Weishaupt, Pfüllendorf, als erster Vorsitzender, Freier Stokkingen als erster Vize-Präsident und Schill als zweiter Vize-Präsident.

Es folgten zwei Referate, und zwar sprach Landgerichtsrat Hüger, Heidelberg, über bäuerliche Rechtsplege, während der Vorsitzende der Jungbauernschaft Huber vom Böcherberg bei Oberkirch eine Schilderung über die Siedlungsstudienfahrt nach Schlesien und Mecklenburg unter Führung des Innenministers Dr. Kemmele gab. Generaldirektor Dr. Kengenheister sprach über internationale Landwirtschaft.

Zum Schluß wurden einmütig eine Reihe von Entschlüssen angenommen. Die Aufmerksamkeit der Regierungen und Parlamente wird auf die sich neuerdings anbahnende Entwicklung in der Landwirtschaft gelenkt. Bei den noch abzuschließenden Handelsverträgen müßten die Interessen der Landwirtschaft besser gewahrt werden. Hinsichtlich der Siedlungsfrage, die für die badische Landwirtschaft außerordentlich wichtig sei, erwarte man jede mögliche Unterstützung. Hinsichtlich der landwirtschaftlichen Unfallversicherung und der Invalidenversicherung wird eine allgemeine Sinausschließung der Zahlungen bis nach der Ernte gefordert. In einer Entschliessung wird eine Verschärfung der verkehrspolizeilichen Bestimmungen für den Autoverkehr in den Ortschaften gefordert. Weitere Entschlüssen befassen sich mit der Frage des Finanzausgleichs, mit dem Branntweinmonopoles, mit dem Weinbau, dem Milchpreis usw. Bezüglich des letzteren wird verlangt, daß er in einer Höhe festgesetzt wird, die eine Rentabilität der Milchzeugung noch gewährleistet, und daß Festsetzungen des Milchpreises grundsätzlich nur im Einverständnis mit dem Vertreter der Erzeuger erfolgen dürfen. Eine weitere Erhöhung der Branntweinsteuer würde jede Rentabilitätsmöglichkeit der Obst- und Kleinbrenner illusorisch machen, ihr Kontingent dürfe nicht herabgesetzt werden. Bezüglich des Weinbaues wird erwartet, daß die Regierung im bedingte Festigkeit gegenüber Frankreich zeige, da schon allein durch eine Diskussions über Einfuhrkontingente zu ermäßigten Zollsätzen die größte Unsicherheit auf dem Weinmarkt entfiele.

Die wirtschaftliche Not im Brückenkopfsgebiet

In der Kehler Bürgerausschusssitzung machte Bürgermeister Dr. Kraus bemerkenswerte Ausführungen über die wirtschaftliche Lage Kehl's. Er wies darauf hin, daß an der Grenze mehr als an anderen Orten die außenpolitische Vertiefung in den deutsch-französischen Beziehungen zu spüren sei. Auch eine innerpolitische Vertiefung scheine eingetreten zu sein, und zwar in der Frage des Hauptzollamtes, der Einzigerlegung und des Zollbahnhofs. Diese Lähmung trete besonders im Gegensatz zu der außerordentlichen Regsamkeit auf dem linken Rheinufer in Erscheinung. Durch den Ausbau des Strahburger Hafens und den Plan des französischen Seitanals sei die Trockenlegung des Oberrheins und als Folge die gänzliche Verkümmern der Wirtschaft von Kehl bis Basel in drohende Nähe gerückt. Reich und Land müßten hier die Initiative ergreifen. Bürgermeister Dr. Kraus begrüßte die Kundgebung der Stadt Freiburg, in der auf die Gefahr aufmerksam gemacht wurde. Für die für den Gewerbeaufbau vom Reich bewilligte Summe von 275 000 RM sprach Bürgermeister Dr. Kraus dem Reich, der bad. Regierung, den bad. Reichstagsabgeordneten und dem bad. Gesandten in Berlin den Dank für ihre Unterstützung aus.

Austritt der Heidelberger Studentenschaft aus dem Hochschulring

Die dem Hochschulring Deutscher Art angehörenden Studenten der Heidelberger Universität haben einstimmig eine Erklärung abgegeben, in der sie den Austritt aus dem Hochschulring befürworten, da diese Korporation mehr und mehr von ihren ursprünglichen Zielen abgewichen und in letzter Zeit sogar begonnen habe, sich parteipolitisch festzulegen. Im Zusammenhang mit dem Austritt aus dem deutschen Hochschulring wurde die Großdeutsche Studentengemeinschaft Heidelberg vollzogen, die sich zum Ziel gesetzt hat, den ursprünglichen Idealen des Deutschen Hochschulringes nachzustreben.

Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 132
Spezialhaus für

E. Büchle

Bilder u. Einrahmungen

Gute Ausführung bei billigst. Berechnung bei Große Auswahl

Deutscher Krankenkassenkongress

Unter überaus starker Teilnahme aus allen Teilen des Reiches — es mögen gegen 1000 Teilnehmer anwesend sein — begann gestern im Konzilsaal in Konstanz die 11. ordentliche Mitgliederversammlung des Gesamtverbandes der Krankenkassen Deutschlands e. V. In siebenstündiger ununterbrochener Verhandlung wurde eine große Tagesordnung erledigt, deren Weiterberatung Dienstag erfolgen soll. Der Verbandsvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Franz Wehren, eröffnete und leitete den Kongress. Unter den Ehrengästen bemerkte man Ministerialdirektor Grieser vom Reichsarbeitsministerium, den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Berlin, Schaeffer, den Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Dr. Stein, den Vertreter des Sanitätsdepartements des Kantons Basel-Stadt und der Schweizer Krankenkassen Dr. Karl Oeber, Dr. von Babs als Vertreter des badischen Innenministeriums, vom preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt von Gelbern, außerdem Vertreter des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und verschiedener Verbände und Organisationen, die den Krankenkassen nahe stehen.

Der Verbandsgeschäftsführer Schulze erläuterte den Geschäftsbericht und ein Referat über schwebende Tagesfragen. Daraus geht hervor, daß der Gesamtverband der Krankenkassen Deutschlands Ende 1926 688 Kassen umfaßt mit rund 8 Millionen Versicherten. 30 Kassen traten dem Verband neu bei. Der Kassenbericht des Verbandes weist einen Bestand von 16 000 M auf. Der Berichterstatter wandte sich besonders gegen die Angriffe gegen die Krankenkassen, die systematisch aus Kreisen hervorgehen, welche an der Krankenversicherung interessiert sind. Die Ärzteorganisation erstrebe die Einführung der freien Arztwahl. Die Belange der Krankenkassen würden besonders bei der obersten Verwaltungsbehörde in Preußen nicht genügend beachtet.

Aber die Behandlung der Frage der Krankenversicherung auf der Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf referierte Ministerialdirektor Grieser, Berlin, und hob hierbei das Fruchtbringende Arbeiten der deutschen Vertreter in Genf hervor.

Sodann folgte die Besprechung des wichtigsten Punktes der Tagesordnung: Die Krankenkassen in der öffentlichen Kritik. Zu diesem Punkte waren drei Redner gewonnen worden, welche das Thema von verschiedenen Seiten aus kritisch beleuchteten. Dr. Erdmann, als Vertreter der Arbeitgeber, betonte, daß von Arbeitgeberseite kein Kampf gegen die deutsche Krankenversicherung geführt werde, wandle sich aber mit Schärfe gegen die politische Tätigkeit des Hauptverbandes der Krankenkassen. Dr. Siebert, Hannover, vertrat den Standpunkt der Ärzteschaft und trat besonders für die freie Arztwahl ein und Reichstagsabgeordneter Weder, Arnberg, als Vertreter der Arbeitnehmer, führte aus, die Krankenkassen führten keinen Kampf gegen die Innungskrankenkassen.

An der sich anschließenden Diskussion wandte sich der preussische Landtagsabgeordnete Welter besonders gegen die Forderung, die den Ärzten durch die soziale Gesetzgebung auferlegt seien. Er schlug vor, man solle den Ärzten vom Einkommen durch die Kassen einen ganz bestimmten Prozentsatz als Honorar geben, wofür dann die Ärzte die gesamte Behandlung durchzuführen hätten. Hierauf sprach noch Kommerzienrat Schröder, München, der sich gegen die Vorschläge des Vortragners wandte. Darauf wurde die Verhandlung abgebrochen und auf Dienstag vormittag vertagt.

Lohnbewegungen in Baden

Schlichtungslohnstreit im Badener Holzgewerbe. Der Landesrichter, der unterm 17. vorigen Monats unter Zustimmung der Parteien den Schiedspruch des Tarifamtes zunächst nur für die badische Holzindustrie für verbindlich erklärte, hat diese Verbindlichkeitsklärung nunmehr auch auf das Holzgewerbe erstreckt. Der Streit ist damit beendet.

Dr. Heideberg, 4. Juli. Der Senat der Universität Heidelberg wählte für das am 1. Oktober 1927 beginnende neue Studienjahr den Prof. der Theologie Dr. Martin Dibelius zum Rektor. Dr. Dibelius kam 1915 von Berlin als ordentlicher Professor nach Heidelberg.

Aus der Landeshauptstadt

Karlsruher Tagungen und Ausstellungen im Juli. Von den Tagungen, die im Juli in der badischen Landeshauptstadt stattfinden, ist die Hauptversammlung des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege am bedeutendsten. Vom 16. bis 17. Juli ist der erste Süddeutsche Juchertag unter Mitwirkung der Landesgefäßverbände Baden, Württemberg, Bayern und Hessen. Vom 24. bis 26. Juli hält der Bund Deutscher Freizeitleiter seine Hauptversammlung in Karlsruhe ab, die ebenfalls viele Teilnehmer in die Mauern der Stadt führen wird. Am 31. Juli ist außerdem das Arbeiterfängerfest des Bundes Baden in Deutschland. Die bedeutendste Ausstellung, die große Deutsche Turn- und Sportausstellung Karlsruhe 1927, die vom badischen Landesauschuss für Leibesübungen und Jugendpflege aus Anlaß der Reichsausstellung veranstaltet wurde, dauert noch bis zum 10. Juli. Ihr folgt eine Kleintierausstellung vom Verband Badischer Geflügelzüchter am 16. und 17. und die Deutsche fachgewerbliche Ausstellung für Haararbeiten vom 21. bis 28. Juli. In der Landesgewerbehalle ist vom 9. bis 31. Juli eine Ausstellung von Druckstoffen, Batiken usw. von der Firma Kunstwart Hausrat G. m. b. H. Dresden—Dellerau.

Ziergärtnerverein. Nachdem der verdienstvolle bisherige I. Vorsitzende Musiklehrer Borret aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niederlegen mußte, wurde in der letzten Generalversammlung als dessen Nachfolger Direktor Dr. Oberbach (Hirschstraße 120) hier gewählt. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß die einzelnen Gebiete des Ziergärtnervereins, wie früher, unter entsprechende Abteilungsleiter gestellt werden und zwar wurde die Abteilung I Bogelschuh Rechnungsrat Weis (Amalienstraße 85), die Abteilung II Verfolgung von Tierquälereien Oberrechnungsrat Gerhardt (Scheffelstraße 12) und die Abteilung III: Verfolgung von Mißhandlung von Tieren bei Eisenbahntransporten und in Schlachthöfen Stadtkirchweg Dr. Bernd Waier (Sofienstraße 11) übertragen. Es wird gebeten, bei eventuellen Anzeigen und Anfragen in diesen Angelegenheiten sich an diese Abteilungsleiter behufs rascherer Erledigung wenden zu wollen. Die nächste Mitgliederversammlung findet am Dienstag, den 12. Juli, im Jagdzimmer des Friedrichshofes, Karl-Friedrichstraße statt (Nähere Anzeige folgt).

Karlsruher Schwurgericht. Der 59 Jahre alte Händler Ferdinand Schaller aus Baden-Baden, der hier mit einer geschiedenen Frau zusammenlebte und am 21. März d. J. abends aus Rahe, weil sie ihn verlassen wollte, Bett und Fußboden mit Petroleum übergoß und anzündete, wurde vom Schwurgericht wegen Brandstiftung zu 5 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Ferner verurteilte das Schwurgericht die 1876 geborene Helma Katharina Banitsch aus Orbingen wegen gewerbsmäßiger Abtreibung zu 3 Jahren und 3 Monaten Zuchthaus, abzüglich 3 Monaten Untersuchungshaft und 5 Jahren Ehrverlust. Die Angeklagte war bereits im Jahre 1920 wegen ähnlichen Deliktes mit 1 Jahr 5 Monaten Gefängnis bestraft worden.

Wiener Operette im Konzerthaus. Heute Abend, neu einstudiert, Emmerich Kalman's große Operette „Gräfin Mariza“, die den Schlager der Spielzeit 1925 im Konzerthaus bildete und sicher von vielen Theaterbesuchern wieder freudig begrüßt wird. Morgen Abend Wiederholung der großen Ausstattungoperette „Der Orlov“. Für Donnerstag ist die Erstaufführung der großen Operette „Teresina“ von Oskar Straus vorgesehen. Das Sujet bildet eine Episode aus dem Leben Napoleons I. mit der berühmten Sängerin Teresina. Oskar Straus, der seit seinem Welterfolg „Walzertraum“ schon viele hervorragende Proben seiner Begabung lieferte, hat mit der Musik zu diesem originellen Buch sicher eine ganz besondere Erfindungskraft gezeigt. Sein Hauptschlagwerk „Reich mich mal in Korffia“ ist längst auf alle Konzerte und Kapellen übergegangen. In den Hauptrollen stellen sich die erste Sängerin Ida Bauer und der Tenor Georg Winter von der Wiener Volksoper vor. Die übrigen Hauptrollen sind mit den bekannten komischen Kräften des Ensembles besetzt.

Kurze Nachrichten aus Baden

U. S. Badenland — Schwarzwald. Immer neue Gesichtspunkte erschließen sich bei der Rückkehr dieser vom Badischen Verkehrsverband herausgegebenen Monatszeitschrift. Auch die Juniarausgabe reißt sich vollwertig den früheren Nummern an und weist den mit der Landschaft bekannten Leser durch erstklassiges Bildmaterial auf die Schönheiten Badens hinzu. Baden-Baden, Bühlerhöhe, Wilder aus dem Neckartal, Todtmoos, Donaueschingen, Badenweiler usw. sprechen diesmal eine eingehende Sprache mit ihren lebenswerten landschaftlichen und städtebaulichen Schönheiten. Eine Neufestkarte bringt in ganzseitiger Aufmachung einen orientierenden Überblick über die Geländegegestaltung und die Verkehrsstraßen des Schwarzwaldes. Zahlreiche Artikel aus den verschiedenen badischen Teilen und eine Zusammenfassung des bekanntesten badischen Kurorte ergänzt einem ausführlichen Verzeichnis über die Veranstaltungen in den nächsten Monaten die vorliegende Ausgabe. Bestellungen sind an die Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei Karlsruhe, Steinstraße 17/21 zu richten.

Dr. Freiburg i. Br., 30. Juni. Das St. Hedwigsheim in der Stadtstraße, das vor ungefähr 10 Jahren zur Unterbringung unversorgter Säuglinge und Kleinkinder ins Leben gerufen wurde, und seitdem gegen 1000 Säuglinge in Pflege hatte, wird demnächst in das August Wohlgenuth'sche Anwesen nach Günterstal überföhrt. In der staatlich anerkannten Pflanzenschule des St. Hedwigsheims erhielten gegen 700 heranwachsende Töchter aus allen Bevölkerungsfreien Ausbildung in der Pflege der Kinder. Auch die Schwesteranstalt St. Bioba ging aus St. Hedwig hervor.

Dr. Eberach, 2. Juli. Das schon seit Wochen hier im Umlauf befindliche Gerücht, wonach Dr. Engelmeier seinen Posten als das Oberhaupt der Kreisbauernschaft Eberach verlassen werde, scheint nun Tatsache zu werden. Dr. Engelmeier beabsichtigt, den Präsidentenposten des Badischen Sparkassen- und Giroverbandes in Mannheim zu übernehmen. Die hierdurch notwendig werdende Bürgermeisterwahl wird bereits ihre Schatten voraus, denn der Kampf wird vor allen Dingen darum gehen, ob zukünftig nur ein Bürgermeister, oder wieder zwei wie früher gehalten werden sollen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	5. Juli	4. Juli
Amsterdam 100 G.	168.94	169.28
Kopenhagen 100 Kr.	112.71	112.93
Italien . . . 100 L.	23.36	23.40
London . . . 1 Pfd.	20.467	20.507
Newyork . . . 1 D.	4.2155	4.2235
Paris . . . 100 Fr.	16.50	16.54
Schwiz . . . 100 Fr.	81.135	81.295
Wien 100 Schilling	59.32	59.44
Brag . . . 100 Kr.	12.494	12.514

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Hindenburg-Spende. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über Wohlthatenpflege (Reichsgesetzblatt Seite 143) sowie der badischen Vollzugsverordnung vom 24. Februar 1917 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 49) wird zur Durchführung der Hindenburg-Spende der Geschäftsstelle der Hindenburgspende Berlin NW 40, Schornhorststraße 35, in jederzeit widerprüflicher Weise die Erlaubnis zur Vornahme einer Sammlung im Lande Baden erteilt. Karlsruhe, den 2. Juli 1927. Der Minister des Innern Kemmerle

Operette im Konzerthaus
Morgen Mittwoch, 6. Juli 1927, abends 7^{3/4} Uhr
die Ausstattungoperette
Der ORLOW
Karten bei Müller, Kaiserstraße; Holzschuh, Werderstraße; Brunnet, Kaiserallee; Konzerthauskasse und telefonisch (7260) zu Mark 1.50 bis 5.50.
Donnerstag Erstaufführung, Die Teresina.

4. Geldlotterie zugunsten des Münsters in Breisach am Rhein.

Bei der am 18. Juni 1927 stattgehabten Ziehung wurden folgende Nummern mit den dabei vermerkten Gewinnen gezogen: A Gewinne von 100 bis 5000 Mark: 594 (5000), 3061 (500), 6555 (100), 16380 (100), 24392 (100) und Prämie 10000, 26681 (100), 41215 (100). — B Gewinne zu 50 Mark: 3457, 10833, 20026, 23519, 24978, 25056, 35342, 46832. — C Gewinne zu 20 Mark: 2317, 4776, 8148, 10945, 14120, 20064, 20077, 21484, 24581, 25109, 26183, 28279, 28693, 32771, 33652, 35291, 35851, 36322, 37265, 39064. — D Gewinne zu 10 Mark: 627, 4091, 5708, 6484, 8594, 9220, 9398, 9952, 12055, 12065, 12211, 12545, 13168, 16384, 16384, 16788, 17655, 18798, 19298, 24490, 26838, 30225, 32381, 33329, 34427, 35374, 36288, 36722, 39264, 40875, 41992, 42216, 43717, 45635, 45823, 45955, 47191, 47376, 47492, 47599. — E Gewinne zu 5 Mark: 53, 553, 674, 1179, 1296, 2030, 2828, 4683, 5014, 5085, 5139, 5779, 6097, 6184, 6415, 6625, 7111, 7161, 7481, 9045, 9091, 9141, 10075, 11045, 12149, 12279, 12650, 12784, 12925, 12950, 13051, 13121, 13757, 14183, 14523, 14546, 14785, 14820, 15498, 15563, 16605, 17301, 17531, 17603, 17830, 17831, 18812, 19183, 19386, 19878, 19903, 19945, 20399, 20903, 21676, 23638, 23641, 23649, 23652, 24016, 24017, 24155, 24323, 24746, 24747, 25379, 25417, 25735, 26642, 27163, 28275, 28609, 28728, 28837, 29525, 29761, 29866, 31165, 31886, 32198, 33509, 34150, 34347, 36342, 36837, 36921, 37279, 38175, 38735, 46984, 42078, 43461, 44942, 45292, 45315, 45432, 45531, 45891, 47253, 48337. — Sämtliche Nummern mit nachstehenden Endzahlen gewinnen je 2 Mark: 96, 103, 115, 141, 147, 150, 161, 189, 215, 258, 274, 285, 297, 342, 346, 357, 384, 417, 437, 495, 512, 561, 562, 628, 638, 764, 767, 801, 806, 818, 897, 948, 949, 953. — Ferner gewinnen folgende Nummern je 2 Mark: 3344, 4562, 6753, 7347, 10650, 12284, 16517, 19241, 19394.

Die Auszahlung erfolgt durch Eberhard Fehrer, Karlsruhe i. S., Ostendstr. 6

Nehmt Musikunterricht bei der Musiklehrerschaft des Deutschen Musikerverbandes
Lehreradressen erhältlich in den Musikalienhandlungen 280

Gemeinde-Sparkasse Willstätt.

Geschäftsbericht für 1926.

Vermögen.	RM	Schulden.	RM
Kassenvorrat auf 1. Januar 1926	9 881.21	Spareinlagen	154 347.17
Darlehen gegen Hypothek.	90 231.—	Anlehenskapitalien	11 400.—
Darlehen geg. Schuldschein	73 915.70	Aufwertung	100 867.54
Pfandsch. u. Bankguthaben	5 297.07	Reingewinn	1 421.75
Einnahmerückstände . . .	1 131.12		
Stückzinsen	961.50		
Gerätschaften	1 334.—		
Aufwertung	85 284.86		
	268 036.46		268 036.46

Willstätt, den 30. Juni 1927.
Der Verwaltungsrat: Weig.
Der Geschäftsführer: Gevel.

10% Rabatt
Kinder-Wäsche G. 539
Kinder-Kleidchen
Kinder-Schürzen
Geschwister Baer
Waldstraße 37 Telephon 579

Jüng. Kommunalbeamter
tüchtig, zuverlässig, 3 J. auswärts, als Ratsschreiber und Grundbuchhilfsbeamter tätig, sucht alsbald geeignete Stelle. — Derjenige, der mir dazu verhilft, erhält ein langfr. unverzinsl. Darlehen von 1000 RM. Angebote unter Nr. G. 536 an die Expedition dieses Blattes.

16. Juli d. J., vorm. 11 Uhr, beim Bezirksbauamt, Reisingstraße 13, einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen.
Freiburg, 2. Juli 1927.
Bad. Bezirksbauamt.

Les Bücher Wissen ist Macht!

Pianos Harmoniums Sprech-Apparate
kaufen Sie in der Fabrik-Niederlage der leistungsfähigen Harmonium- und Piano-Fabrik
H. Goll A.-G.
Filiale Karlsruhe Waldhornstraße 30
Telephon 6835
in jeder Beziehung vorteilhaft!



Badisches Landestheater
Mittwoch, den 6. Juli 1927
9 Vorstell. der Schülermiete

Thomas Paine
von Hanns Joffst
In Szene gesetzt von Felix Baumbach

Bain: Dahlen
Stone v. d. Trend
Adams Hofbauer
Grove Brand
Grignan Kloebe
Laurens Graf
Washington Dietl
Greene Herz
Lornay Prüter
Stabsoffizier Dr. Storz
Louis XVI. Kienhöf
De Villiers Leitgeb
Kapitän Brand
Napoleon Gemmede
Joe Mehner
Anfang 6^{1/2} Ende 8^{1/2}
I. Sperrfrist 5 W.
Eine beschränkte Anzahl von Plätzen ist für den allg. Verkauf freigehalten.
Do. 7. Juli: Belphe oder Der Tanz mit Geld.

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Gemälde - Radierungen - Gerahmte Bilder 1.-12. Juli
zu bedeutend herabgesetzten Preisen! **Kunsthandlung MOOS**
Kaiserstrasse 187

Druck G. Braun, Karlsruhe